

“Die AfD betreibt keinen billigen Populismus!”

“Arnstädter Stadtecho” im Gespräch mit Björn Höcke – Spitzenkandidat der AfD in Thüringen

Herr Höcke, ein Grundsatz, der zur Gründung der Partei AfD im Frühjahr 2013 führte, war der sinnfreie Satz von Angela Merkel, daß es zu dieser Politik der EU keine Alternative geben kann. Was ist die Alternative der AfD zur Politik der großen Koalition in Thüringen?

Die Alternative leben wir zunächst selber. Die AfD ging ja aus der Bürgerbewegung “Wahlalternative 2013” hervor, die aus Protest gegen die unser Volksvermögen bedrohende sogenannte Euro-Rettungspolitik entstanden war. Und dieser bürgerbewegte Geist treibt uns heute weiter an. In der AfD sammeln sich Menschen aus allen Teilen unseres Volkes, die sich Sorge um die Zukunft ihrer Kinder und ihres Landes machen. Und diese mündigen Staatsbürger, die über eine reiche Lebens- und Berufserfahrung verfügen, sind angetreten, unsere als erstarrt empfundene Demokratie wieder zu verlebendigen. Der politische Sumpf in Thüringen breitet sich doch immer weiter aus. In Jahrzehnten hat sich ein Berufspolitikertypus herausgebildet, dem das eigene Fortkommen und der persönliche Vorteil alles, der Dienst für unser Land nichts mehr bedeutet. Wir AfDler wollen diesen Parteiapparatschiks Vorbild sein. Wir werden uns dafür einsetzen, daß die preußischen Tugenden - wie beispielsweise Pflichtgefühl, Redlichkeit, Fleiß, Gerechtigkeitsinn - wieder zum selbstverständlichen Wertmaßstab werden. Und wir wollen die direkte Demokratie stärken. Nur so wird es uns gelingen, den Altparteien ihren Raub zu entreißen, und dieser Raub ist unser Staat.

Landtagswahlen erheben keinen Anspruch auf die Lösung gesellschaftlicher Probleme, die deutschlandweit, auch europaweit, eigentlich zum Markenzeichen der AfD geworden sind. Was kann in Thüringen besser werden, angesichts des Gestrüpps von EU-Gesetzen, EU-Rettungsschirmen und bundesweiter Durchsetzung der EU-Beschlüsse?

Sicherlich hat die AfD ihren Ursprung in den großen Themen. Und wir werden auch in Zukunft die Bürger darüber aufklären müssen, wie beispielsweise eine völlig falsch angelegte Politik im Rahmen der Banken-, Staatsschulden- und Währungskrise unsere ohnehin schon engen finanziellen Spielräume - auch auf Landesebene - einschränkt. Es ist eben kein billiger Populismus, wenn man darauf hinweist, daß mit Milliarden deutscher Steuergelder Banken und Staaten “gerettet” werden, aber in Thüringen das Geld für Straßen und Lehrer fehlt. Dieser Aufklärungsauftrag umfaßt weitere Politikfelder, wie die vernunftwidrige Energiewende, die explodierende Strompreise, eine Abwanderung von Unternehmen und die Verschandlung unserer wunderschönen Landschaft bringen wird, oder eine nicht gesteuerte Einwanderung, die unsere Sozialsysteme und unsere staatliche Integrität bedroht.

Gestaltungsmöglichkeiten auf Landesebene bieten trotz der schwierigen Rahmenbedingungen der kommunale Bereich, die innere Sicherheit und die Bildung. Der Bürokratieabbau und die Polizeipräsenz auf der Straße liegen uns hier besonders am Herzen. Darüber hinaus verstehen wir uns als Fürsprecher der klassischen Familien. Wir brauchen in Thüringen ein klares Bekenntnis zur Familie und zum Kind! Schädliche, teure und steuerfinanzierte Gesellschaftsexperimente, die der Abschaffung der natürlichen Geschlechterordnung dienen (sog. gender mainstreaming), sind sofort zu beenden!

Die Themen Bildungspolitik, als Oberstudienrat, und Familienpolitik als Vater von vier Kindern, liegen ihnen ganz besonders am Herzen. Was bietet die AfD in diesen wichtigen Politikfeldern in Thüringen anderes an als die Altparteien?

Zur Familienpolitik habe ich eben schon ein paar Aussagen gemacht. Die Altparteien sprechen immer beschwichtigend von einem “demographischen Wandel”, den man begleiten müsse. Mit Verlaub, das ist dümmliches Geschwätz. Thüringen befindet sich mitten in einer demographischen Katastrophe. Bis zum Jahr 2030 werden wir weitere 400.000 Einwohner verloren haben, bei gleichzeitiger Überalterung der Verbleibenden. Wir müssen alles in unserer Macht Stehende tun, diesen Niedergang aufzuhalten. Wir dürfen uns nicht scheuen, eine aktive Bevölkerungspolitik zu betreiben. Das kann zum einen durch finanzielle Anreize geschehen. Daher setzen wir uns für die Beibehaltung des Thüringer Erziehungsgeldes, die Förderung durch Familiendarlehen, deren Rückzahlung sich bei jedem Kind verringert oder ein Familiensplitting ein, das Kinder beim Familieneinkommen steuerlich berücksichtigt. Zusätzlich regen wir an, daß alle Gesetze, Verordnungen und Verwaltungshandlungen einer Familienverträglichkeitsprüfung unterzogen werden.

Wichtiger als finanzielle Zuwendungen ist aber ein Wertewandel. Die klassische Familie ist ohne Wenn und Aber zum gesellschaftlichen Leitbild zu erheben. Wir wollen den Egoismus überwinden und wieder ein gemeinschaftsorientiertes Werte-, Sitten- und Normengefüge leben. Die Keimzelle der Gemeinschaft ist die Familie. Ich bin nicht nur Familienvater, sondern auch Lehrer. In den letzten 15 Jahren habe ich im Sekundarbereich in allen Schulformen unterrichtet. Ich sage unmißverständlich: Die Bildung, unser wichtigstes Gut als rohstoffarmes Land, ist in den letzten Jahrzehnten pädagogischen Moden geopfert worden. Die Lehrer werden durch immer neue Bildungsexperimente in ihrer Handlungssicherheit gestört und mit unterrichtsfernen Aufgaben überlastet. Die thüringischen Schulen müssen Kenntnisse, Fähigkeiten, Fertigkeiten sowie übertragbare Einsichten vermitteln und nicht die Schüler mit Konfliktgeschwätz langweilen. Die Schreibschrift, die nachweislich die sprachliche Kreativität und Sorgfaltsliebe fördert, ist das letzte Opfer der bildungspolitischen Dauerrevolution. Wir werden für ihren Erhalt kämpfen. Abschließend zitiere ich zustimmend Erhardt Bödecker:



Björn Höcke, 41, verheiratet, vier Kinder. Höcke studierte Sport- und Geschichtswissenschaften für das Lehramt an Gymnasien und absolvierte ein Masterstudium im Bereich Schulmanagement. Nach Tätigkeiten an verschiedenen Schulen arbeitet er gegenwärtig als Oberstudienrat an der “Rhenanus-Schule” in Bad Sooden-Allendorf. Neben der Bildungspolitik stellt die Familienpolitik einen seiner Interessenschwerpunkte dar. Desweiteren tritt Björn Höcke entschieden für Meinungsfreiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Deutschland und Europa ein, die er durch den Bürokratenapparat der EU und den ESM-Vertrag als gefährdet betrachtet. Die AfD ist für ihn die Partei des gesunden Menschenverstandes, die in vielen gesellschaftlichen Politikfeldern eine grundsätzliche Neuausrichtung anstrebt. Wenige Tage vor der Landtagswahl sprachen wir mit dem Spitzenkandidaten der AfD.

“Noch nie haben so viele Menschen so lange die Schulen und Universitäten besucht, um so wenig zu lernen.”

Was sollte sich in Thüringen ändern, um dem Anspruch der AfD in den Politikfeldern Zuwanderung und Asylrecht durchzusetzen?

Die AfD spricht sich für eine bedarfsorientierte Einwanderungspolitik nach klaren Regeln aus. Hier könnte das kanadische Modell Vorbildfunktion haben. Eine Zuwanderung in die deutschen Sozialsystem muß unbedingt unterbunden werden. Deutschland ist kein klassisches Einwanderungsland. Wenn es einen Fachkräftemangel gibt, muß dieser nach Wirtschaftssparten differenziert und genau quantifiziert werden. Vorrang muß aber die Nachqualifizierung der einheimischen Arbeitslosen haben. Langfristig muß ein Volk seinen Fachkräftebedarf allerdings aus dem eigenen Nachwuchs decken. Alles andere ist dekadent. Gerade auf dem Gebiet der Einwanderungspolitik kann von einem Totalversagen der Altparteien gesprochen werden. Bis heute gibt es eigentlich keine Einwanderungspolitik. Mittlerweile leben 16 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. In den großen Städten sind Parallelgesellschaften entstanden. Wir lassen uns nicht länger für dumme verkaufen. Die AfD – so die Mitgliederdaten - hat das höchste Bildungsniveau aller Parteien in Deutschland. Deshalb heben wir nicht ab, aber wir versuchen mit einem hohen Grad an Vernunft gesellschaftliche Probleme zu lösen. Für Thüringen fordern wir beispielsweise, daß Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse nicht regelbesucht werden, sondern erst in Vorklassen die deutsche Sprache lernen. Für Menschen, die froh darüber sind, ihr Leben gerettet zu haben, stellt es sicher auch keine Zumutung dar, in Gemeinschaftsunterkünften zu leben und in erster Linie mit Sachleistungen versorgt zu werden. Wir plädieren auch dafür, das Arbeitsverbot für Asylsuchende zu lockern. Gerade gemeinwohlorientierte Arbeit sollte möglich sein.

Nicht wenige Thüringer Unternehmen sind von der derzeitigen Sanktionspolitik gegenüber Rußland betroffen. Es drohen Kurzarbeit und schwierige wirtschaftliche Folgen. Findet die AfD diese Sanktionen gerechtfertigt?

Das ist ein sehr komplexes Thema. Die sogenannte Ukraine-Krise ist Ausfluß geopolitischer Interessenkonflikte, die eine lange Vorgeschichte haben. Die AfD-Bundesführung versucht in diesem Konflikt einen Mittelweg zu finden. Unsere junge Partei hat noch kein Bundesprogramm, spricht sich aber in ihren Leitlinien für eine “Westbindung Deutschlands” aus. Wie die politische Verortung hier aussehen wird, wenn wir in ein oder zwei Jahren ein Bundesprogramm haben werden, kann ich noch nicht abschätzen. Meine persönliche Einschätzung ist aber, daß Deutschland stets ein Mittler zwischen Ost und West war. Die Amerikaner haben sich in den

letzten Jahren wenig “freundschaftlich” verhalten und viel Vertrauen zerstört. Ich erinnere nur an die NSA-Affäre. Zudem muß unser Verbündeter sein etwas triviales Freund-Feind-Schema überprüfen und sein Sendungsbewußtsein hinterfragen. Ich kann mich problemlos für die deutsch-amerikanische Freundschaft einsetzen und trotzdem darauf verweisen, daß deutsche und amerikanische Interessen nicht immer deckungsgleich sind. Und so liegt die nun eingeleitete Sanktionspolitik nicht im deutschen Interesse, denn die Zeche, die wir zu zahlen haben, wird eine viel größere sein als die der Amerikaner. In diesem Zusammenhang rate ich den politischen Akteuren in Deutschland dringend zur Lektüre der Autobiographie Otto von Bismarcks.

Was wird die AfD überhaupt tun können, um die bedrohliche Entwicklung im Verhältnis Deutschlands zu Rußland und der Ukraine stoppen zu können?

Unsere Möglichkeiten sind natürlich sehr bescheiden. Wir gehen jetzt schon mit entsprechenden Pressemitteilungen an die Öffentlichkeit, um zur Mäßigung aufzurufen und politische Alternativen in den öffentlichen Raum zu stellen. Unsere Europaparlamentarier versuchen auch ihren Einfluß in diesem Sinne zu nutzen. Sie sind ja Mitglieder einer großen Fraktion in Brüssel bzw. Straßburg. Von zentraler Bedeutung ist der Einzug der AfD in die Länderparlamente von Sachsen, Brandenburg und Thüringen. Dann hätten wir uns als politische Kraft etabliert und könnten viel wirkungsvoller unsere alternativen außenpolitischen Konzeptionen nach außen tragen.

Schon mehrmals haben Sie sich entschieden zur Meinungsfreiheit als Grundpfeiler der Demokratie geäußert. Worauf legt die AfD ganz besonderen Wert zur Stärkung der Meinungsfreiheit?

Es ist so, wie Sie sagen. Die Meinungsfreiheit ist das Fundament, auf dem die Demokratie ruht. Ohne Meinungsfreiheit kann Demokratie nicht funktionieren. Unsere Demokratie wird auch deshalb von vielen Menschen als erstarrt erlebt, weil die sogenannte politische Korrektheit wie der Mehltau auf diesem Land liegt. Die Altparteien und Medien achten darauf, daß die Gesetze der politischen Korrektheit eingehalten werden. Sie verhindern damit die ergebnisoffene Erörterung zukunftsbedeutender Politikbereiche wie Einwanderung, Demographie und Eurorettung. Wer hier eine offene Debatte fordert, wird stigmatisiert, sozial geächtet und beruflich nicht selten vernichtet. Eva Herrmann und Thilo Sarrazin sind die besten Beispiele für das Vorgehen der Meinungswächter. Die Eingrenzung dessen, was öffentlich diskutiert werden darf, führt zu einer reduzierten Problemlösungsfähigkeit Deutschlands. Das kann fatale Folgen für unser Land haben. Vor der Realität kann man die Augen verschließen, doch ihrer Wirkmächtigkeit entgeht man dadurch nicht. Ich verteidige das Recht auf Meinungsfreiheit, wie es in Art. 5 des Grundgesetzes niedergelegt ist. Die Meinungsfreiheit endet an der Schwelle zur persönlichen Beleidigung und soll zum Schutz der Jugend eingeschränkt werden dürfen.

Ich betone, es kann nicht Aufgabe von Juristen sein, über historische Sachverhalte zu Gericht zu sitzen. Daß jede Generation die Geschichte neu schreiben muß, ist eine alte Einsicht. Schauen Sie etwa, wie die Geschichtsschreibung zum Ausbruch des 1. Weltkrieges in den letzten Jahren in Fluß geraten ist. Gerade der Wandel der Historiographie zu diesem Ereignis in den letzten hundert Jahren zeigt deutlich, daß die Geschichte als “wissenschaftliches” Produkt eine Hure der Politik ist. Für mich ist die Wiedergewinnung der Meinungsfreiheit die historische Mission der AfD.

Eine letzte Frage. Die AfD hat viele kluge Köpfe in ihren Reihen. Gerade deswegen wird die Partei gern als “Professorenpartei” oder die “Partei der alten Männer” diffamiert. Glauben Sie ganz persönlich daran, daß trotz allen Störfeuers die Ziele der AfD in den Köpfen der Thüringer ankommen? Die prognostizierten 4 Prozent zur Landtagswahl sind wohl eher Angstmache. Mit welcher Zahl rechnen Sie?

Wir sind keine Partei der alten Männer! Wir wertschätzen aber die Erfahrung des Alters. Wir haben viele Frauen in unseren Reihen. Die Junge Alternative (JA), unsere Jugendorganisation, bringt sich gerade zur Zeit engagiert in den Wahlkampf ein. Wie anfangs erwähnt, eint uns die Sorge um unsere Kinder und die Zukunft unseres Landes. Und uns eint ein Idealismus, den die Altparteien nicht in den politischen Kampf führen können, weil sie ihn schon lange verraten haben oder vielleicht noch nie besaßen. Manchmal ist das mediale Störfeuer sehr stark, aber wir werden nicht aufzuhalten sein. Unsere Zeit wird kommen. Hier in Thüringen bereits am 14. September. Ich rechne fest mit dem Einzug in den Landtag. Mein Ziel wäre zumindest das Thüringer Ergebnis zur Europawahl zu wiederholen. Im Mai lagen wir bei 7,4 %.

Stadtecho sagt Danke fürs Gespräch.

